



## Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Hierneis, Patrick Friedl, Rosi Steinberger, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Gisela Sengl, Florian Siekmann, Dr. Markus Büchler, Paul Knoblach, Martin Stümpfig, Hans Urban, Christian Zwanziger** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

### **Kommunen hochwassersicherer und hitzeresilienter machen – blaue und grüne Infrastruktur fördern, Klimaanpassung unterstützen**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, neue Programme aufzulegen und bestehende Programme zu stärken, um die bayerischen Kommunen besser vor Hochwasser- und Sturzflutereignissen zu schützen und gleichzeitig gegen Hitzewellen und Trockenzeiten zu wappnen. Hierfür sollen die Programme mit attraktiven Fördergeldern in wirksamer Förderhöhe ausgestattet werden. Gleichzeitig soll die Beratung der Kommunen deutlich intensiviert werden. Diese Programme und die Beratung sollen gleichzeitig dem Schutz und der Stärkung der Biodiversität dienen.

Im Einzelnen sollen die Programme und Beratungen folgende Punkte umfassen:

- ökologischer Hochwasserschutz in der Fläche
- Sturzflutrisikomanagement (z. B. topographische Untersuchungen etc.)
- Wasser- und Grundwassermanagement
- Grundwassermodelle erstellen
- Etablierung einer umfassenden grünen und blauen Infrastruktur in den Kommunen, wie z. B.
  - Entsiegelungsmaßnahmen,
  - Schutz, Erweiterung und Anlage von Versickerungsflächen,
  - Schwammstadtprinzip umsetzen,
  - Sicherung und Etablierung von Grün- und unversiegelten Freiflächen, Wäldern, Pflanzungen (Bäume, Sträucher, Blühwiesen),
  - Erhalt und Erweiterung von Grünzügen und Biotopvernetzungen, Erhalt der Flächen für die bayerische Landwirtschaft und Ausbau der ökologischen Landwirtschaft
- Erhalt und Anlage von Frischluftschneisen
- Anreize zum flächensparenden Bauen und Bauen ohne Versiegelung (Aufstockung, Nutzung bereits versiegelter Flächen, Stelzenhäuser etc.)
- Hitzeaktionsplanung und hitzeresiliente Stadtentwicklung

**Begründung:**

Starkregenereignisse auf der einen und Hitze- und Trockenperioden auf der anderen Seite gefährden mehr und mehr Gesundheit, Leben und Eigentum der Menschen in unseren Kommunen. Neben der Verbesserung des Katastrophenschutzes und den an manchen Stellen notwendigen technischen Hochwasserschutzmaßnahmen wie dem Bau von Poldern muss deutlich mehr in die Klimaanpassung investiert werden. Hier fehlt es an finanzieller Förderung und auch an Beratung der Kommunen. Viele Kommunen agieren in bester Absicht wie bisher, bebauen und versiegeln oftmals grundsätzlich freizuhaltende Flächen und haben die Klimaanpassung noch nicht grundsätzlich in ihre Planungen eingebettet, denn es fehlt an finanzieller Förderung und Beratung. Die Stadt- und Gemeindeentwicklung muss sich grundlegend ändern. Und dafür ist zwingend finanzielle und beratende Unterstützung notwendig.

Die Anpassung an den Klimawandel zur Abwendung von Gesundheitsgefahren ist auf Grundlage einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts Aufgabe aller staatlichen Organe (BVerfG, Beschluss vom 24. März 2021 – 1 BvR 2656/18 –, Rn. 150, 164).